

1 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

2

3 **Gerecht geht anders!**

4 **Unsere Forderungen an den Politikwechsel 2013**

5

6 Für uns steht fest: Im Herbst brauchen wir nicht nur einen Regierungs-, wir brauchen einen
7 Politikwechsel. Die Geschichte von Schwarz-Gelb ist die ungezählter Missgeschicke. Aber das
8 Versagen der aktuellen Bundesregierung besteht nicht bloß aus handwerklichen Fehlern. Die
9 Menschen in Deutschland werden nicht nur schlecht, sie werden falsch regiert.

10 Wir Jusos wollen dafür sorgen, dass die Millionen Menschen ohne Berufsabschluss oder in pre-
11 kären Beschäftigungsverhältnissen nicht länger im Regen stehen. Schwarz-Gelb verschärft die
12 soziale Spaltung unserer Gesellschaft, begünstigt Eliten und entlastet Hoteliers. Wir wollen die
13 volle Gleichstellung von Frauen und von homosexuellen Paaren durchsetzen. Schwarz-Gelb
14 bezuschusst veraltete Rollenbilder mit einem unsinnigen Betreuungsgeld. Wir wollen in der
15 Bildungspolitik für die Bedürfnisse von SchülerInnen und Studierenden kämpfen. Schwarz-Gelb
16 plagt sich mit aberkannten Dokortiteln. Das alles zeigt: Es geht im September nicht nur um
17 einen anderen Politikstil. Es geht um grundlegend andere Politik!

18 Unser Gesellschaftsentwurf unterscheidet sich klar von Schwarz-Gelb: Wir stehen für eine soli-
19 darische Gesellschaft, die die Bedürfnisse der Menschen statt der des Kapitals in den Mittel-
20 punkt rückt. Unser Ziel ist die soziale Gerechtigkeit. Damit wollen wir überzeugen. Wir wollen,
21 dass die SPD im September stärkste Kraft bei den JungwählerInnen wird und dass sie eine
22 Mehrheit vom Politikwechsel überzeugen kann! Wir wollen - und wir brauchen - klare Verände-
23 rungen für eine gerechtere Gesellschaft!

24

25 **Wir holen uns unsere Zukunft - Wer nicht ausbildet, wird umgelegt!**

26 Wer keinen Ausbildungsplatz hat, will bloß keinen - das verkünden uns die Medien jedes Jahr
27 zum Start des Ausbildungsjahres. Dann heißt es, immer mehr Stellen seien unbesetzt, die Ju-
28 gendarbeitslosigkeit sei so niedrig wie nirgendwo sonst in Europa. In Wirklichkeit steckt
29 Schwarz-Gelb junge Menschen in sinnlose Warteschleifenprogramme und schönert damit die Sta-
30 tistik. Die Zahl der "AltbewerberInnen" auf dem Ausbildungsmarkt steigt jedes Jahr weiter an,
31 ohne dass diese Personen einem Berufsabschluss näher kämen. Mit diesem Unsinn muss Schluss
32 sein: Wir wollen für jedeN, der/die eine Berufsausbildung machen möchte, einen Ausbildungs-
33 platz. Um das zu garantieren, sollen alle Betriebe, die nicht entsprechend ihrer Größe ausbil-
34 den, eine Umlage zahlen: Wer nicht ausbildet, wird umgelegt! Nur mit einer Ausbildung haben
35 junge Menschen gute Chancen auf qualifizierte Beschäftigung und Gute Arbeit. Wir wollen die
36 Gewerkschaften im Kampf für gute Ausbildungsbedingungen und unbefristete Übernahme stär-
37 ken.

38 Nicht für alle Berufe gibt es betriebliche Ausbildungen. Eines muss aber klar sein: Wer eine
39 schulische Ausbildung absolviert und damit keine Ausbildungsvergütung und auch keine Über-
40 nahmemöglichkeit erhält, darf nicht auch noch oben drein zur Kasse gebeten werden! Erzie-
41 hungs- und Pflegeberufe, in denen später auch noch unterdurchschnittliche Löhne gezahlt
42 werden, sind hiervon besonders betroffen. Das ist nicht hinnehmbar.

43 Niemand ist gerne arbeitslos. Deshalb ist es unverschämt, jungen Menschen im SGB-II-Bezug
44 mit besonders harten Sanktionsregeln zu unterstellen, sie seien arbeitsunwillig. Wir wollen
45 Arbeitsvermittlung auf Augenhöhe statt Jobcentern, die jungen Menschen die Wohnung und die
46 Krankenversicherung wegnehmen dürfen! Jugendarbeitslosigkeit wird erfolgreich bekämpft,
47 indem es genügend Ausbildungsplätze und nachhaltige Perspektiven für einen erfolgreichen
48 Erwerbsverlauf gibt.

49

50 **Prekär reicht uns nicht - Gute Arbeit statt Generation Praktikum!**

51 Ende letzten Jahres veröffentlichte die Bundesagentur für Arbeit eine Statistik, welche eine
52 neue Rekordzahl an beschäftigten Menschen in unserem Land zeigte. Schaut man jedoch etwas
53 genauer hin, erkennt man, dass etwa ein Viertel aller berufstätigen Menschen heutzutage in
54 prekären Beschäftigungsverhältnissen stehen. Für die Betroffenen bedeutet dies unter ande-
55 rem Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge und eine Bezahlung, die häufig nicht dazu aus-
56 reicht, das Existenzminimum zu erreichen. Zwingend notwendig sind daher Schritte, die sach-
57 grundlose Befristungen verbieten, sachliche Befristungen stärker eingrenzen und der Leiharbeit
58 klare Fristen setzt. Ähnliches gilt für Praktika, Volontariate und Traineeships. Von manchen
59 Arbeitgebern werden diese heutzutage dazu ausgenutzt, für vollwertige Arbeit Billiglöhne zu
60 zahlen und ArbeitnehmerInnenrechte zu unterlaufen. Dies ist nicht länger hinnehmbar! Wir
61 fordern, dass für Praktika, Volontariate und Traineeships klare Regeln herrschen, die neben
62 Mindeststandards, einer Höchstdauer und einer Mindestvergütung auch festlegen, unter wel-
63 chen Bedingungen solche „Lernverhältnisse“ zulässig sind.

64 Angesichts der immer weiter steigenden Ungleichheit in Deutschland ist die Einführung eines
65 gesetzlichen Mindestlohns heute wichtiger denn je. Es kann nicht sein, dass Vollzeit berufstätige
66 ArbeitnehmerInnen am Ende des Monats zum Sozialamt gehen müssen, um ihren Lohn auf-
67 zubessern und über das Existenzminimum zu kommen. Ganz besonders betroffen sind davon
68 Arbeitnehmerinnen, die immer noch deutlich weniger verdienen als ihre männlichen Arbeits-
69 kollegen, obwohl sie die identische Arbeit ausführen. Damit diese Ungerechtigkeit endlich ein
70 Ende hat, bedarf es wirksamer Maßnahmen wie eines Entgeltgleichheitsgesetzes.

71

72 **Wir sind nicht auf den Kopf gefallen - Gute Bildung für Alle!**

73 Bildung ist ein Menschenrecht. Doch gerade ein so reiches Land wie Deutschland besitzt eines
74 der selektivsten Bildungssysteme, in dem der eigene Bildungserfolg massiv vom Status und Ein-
75 kommen der Eltern abhängt. Die frühkindliche Bildung, Schulen und Hochschulen sind in
76 Deutschland stark unterfinanziert. Die Debatte um die soziale Selektivität des deutschen Bil-
77 dungssystems muss endlich ernsthaft geführt werden und in Maßnahmen münden.

78 Weil immer mehr junge Menschen ein Studium aufnehmen möchten und wir Allen den Zugang
79 zu Bildung unabhängig von ihrer sozialer Herkunft ermöglichen wollen, halten wir es für uner-
80 lässlich, die Hochschulen auszubauen und die Bildungsbudgets aufzustocken.

81 Auch die soziale Infrastruktur für Studierende und SchülerInnen muss ausgebaut werden. Die
82 Anzahl der Wohnheimplätze, Beratungsmöglichkeiten und Mensen muss mit Hilfe der Studie-
83 rendenwerke gesteigert werden. Das BAföG und endlich auch das SchülerInnen-BAföG müssen
84 zu einem alters-, eltern- und herkunftsunabhängigen, bedarfsdeckenden Vollzuschuss ausge-
85 baut werden.

86 Wir wollen gleiche Bildungschancen in allen Bundesländern. Dem steht das Kooperationsverbot
87 im Weg. Wir brauchen ein neues Miteinander von Bund und Ländern in der gesamten Bildungs-
88 und Wissenschaftspolitik mit einheitlicheren Standards, vergleichbaren Abschlüssen und mehr
89 finanzieller Unterstützung durch den Bund.

90 Für die Hochschulen soll ein wesentlicher Teil dieser zusätzlichen Gelder einer flächendeckend
91 besseren Grundfinanzierung dienen. Der Bund darf seine Ausgaben nicht auf wenige Hochschu-
92 len konzentrieren, was zwangsläufig mit der Abwertung aller anderen einhergehen würde.
93 Geld vom Bund wird aber nicht nur für die Hochschulen benötigt, sondern auch um Kitaplätze
94 zur Verfügung zu stellen, flächendeckend Ganztagschulen einzurichten, eine Schule für Alle
95 (Gesamtschulen) weiter auszubauen und die Inklusion schnell umzusetzen.

96 Ein solidarisches Bildungssystem bedeutet, einen konsequent freien Zugang zu Bildung zu er-
97 möglichen. Bildung ist für Alle da!

98

99 **Wir kommen um zu bleiben - Wohnen muss bezahlbar sein!**

100 Die Mieten haben in vielen Städten in den letzten Jahren kräftig angezogen. Gerade junge
101 Menschen ziehen häufig um und sehen sich mit horrenden Mietforderungen konfrontiert. Immer
102 seltener sind zudem Wohnungen ohne MaklerInnen beziehbar, die vierstellige Provisionen er-
103 halten und den Wohnungssuchenden dafür lediglich die Tür aufschließen. Deshalb soll die Pro-
104 vision bezahlen, wer den Dienst bestellt hat - und das ist in der Regel der/die VermieterIn.
105 Aber auch alteingesessene MieterInnen müssen ihre Wohnungen verlassen, weil sie unbezahlbar
106 geworden sind und werden vor allem aus Stadtteilen verdrängt, die gerade angesagt sind. Wir
107 Jusos unterstützen die erfreulich klaren Vorschläge der SPD, Mieterhöhungen zu begrenzen und
108 wieder Bundesprogramme für soziale Städte aufzulegen. Insbesondere kleinere Wohnungen bis
109 2,5 Zimmer sind knapp. Mit einer besseren Förderung von sozialem und studentischem Woh-
110 nungsbau wollen wir dem begegnen. Dabei wollen wir die soziale Durchmischung von Stadttei-
111 len stärken und "Gentrifizierung" entgegenwirken.

112

113 **Unsere Familie machen wir selbst - für eine moderne Familienpolitik!**

114 In der Familienpolitik wird besonders deutlich, wie nötig ein Politikwechsel ist: Ministerin
115 Schröder führt einen Feldzug für das erkonservative Familienbild von vorgestern. Unsere Fa-
116 milienbilder sind hingegen vielfältig und brauchen sozial gerechte Unterstützung. Dafür muss
117 die Gesamtheit der familien- und ehebezogenen Leistungen auf den Prüfstand gestellt, auf
118 ihren Nutzen und ihre Wirksamkeit hin überprüft und entsprechend angepasst und vereinfacht
119 werden. Oberstes Ziel aller familien- und ehebezogener Leistungen muss es sein, die Situation
120 sowie die Chancen der Kinder zu verbessern.

121 Wir brauchen eine klare Position gegen das Betreuungsgeld und müssen stattdessen Kinderbe-
122 treuung ab dem ersten Lebensjahr flächendeckend und kostenfrei sicherstellen. Wir wollen das
123 volle Elterngeld nur bei paritätischer Teilung der Elternzeit auszahlen. Dabei muss es einen
124 Lohnausgleich zum höheren Gehalt der Partnerin oder des Partners geben, um keine Einkom-
125 mensverluste zu generieren.

126 Im Steuerrecht muss das Ehegattensplitting endlich überwunden werden. Wir wollen stattdes-
127 sen mit der Kindergrundsicherung Leistungen auf die Förderung von Kindern konzentrieren.

128 Darüber hinaus widerspricht eine weitere Schlechterstellung von gleichgeschlechtlichen Leben-
129 spartnerschaften den Grundsätzen einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft. Das
130 klassische Bild von Vater und Mutter ist nicht mehr das allein gültige Lebensmodell. Dem muss
131 eine Familienpolitik für die Menschen in Deutschland Rechnung tragen. Dazu gehört auch eine
132 Erweiterung unserer Vorstellung davon was Partnerschaft und Elternschaft im Kern ausmacht.
133 Nicht nur Erzeugerschaft ist Elternschaft. Wir begrüßen das jüngste Urteil des Bundesverfas-
134 sungsgerichts, dass die Adoption der Kinder der Lebenspartnerin/des Lebenspartners vollstän-
135 dig gewährleistet sein muss. Der nächste Schritt ist das volle Adoptionsrecht für homosexuelle
136 Menschen. Daher ist die Gleichstellung von Kindern in „Regenbogenfamilien“ und die Anpas-
137 sung ihrer rechtlichen Stellung an ihre Lebenswirklichkeit durch eine Erweiterung des Adopti-
138 onsrechts dringend geboten. Diese Anpassung sollte auch eine Anerkennung des Sorgerechts für
139 mehr als zwei Personen ermöglichen (z.B. Vater, Mutter, Mutter). Menschen dürfen nicht mehr
140 länger nach ihrer sexuellen Orientierung sortiert und dann unterschiedlich behandelt werden.
141 Die volle rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften ist dringend
142 geboten.

143

144 **Wir denken nicht nur an uns - Gutes Leben kennt keine Grenzen!**

145 Gutes Leben wollen wir für alle Menschen - unabhängig von Pass und Grenzen.
146 Von der Krise in der Europäischen Union sind gerade junge Menschen betroffen. Die
147 Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Staaten liegt durchgängig weit über 25
148 Prozent. Daher sollte die EU aufhören massive Kürzungen in den Staatshaushalten der jeweili-
149 gen Länder zu verlangen und stattdessen die betroffenen Staaten mit den notwendigen finan-
150 ziellen Mittel ausstatten, damit diese über Konjunkturprogramme Wachstum generieren und
151 damit wieder für junge Menschen Beschäftigungsperspektiven erschaffen. Wir wollen auch
152 eine europaweite Ausbildungsgarantie, die sicherstellt, dass jedem jungen Menschen ein Aus-
153 bildungsverhältnis angeboten wird, das seinen beruflichen Interessen und Wünschen ent-
154 spricht.

155

156 Asyl ist Menschenrecht! Menschen verlassen in der Regel nicht freiwillig ihre Familien und ihre
157 Heimat, sondern aufgrund von Notsituationen und oft unter Zwang. Diesen Menschen begegnen
158 wir mit Solidarität. Wir wollen die Verbesserung des europäischen Asylrechts und europäische
159 Solidarität zugunsten der MigrantInnen und Asylsuchenden. Die Unterkünfte der Asylbewerbe-
160 rInnen müssen menschenwürdigen Bedingungen entsprechen. Sie müssen voll in die Gesell-
161 schaft integriert werden und von Beginn an arbeiten dürfen. Bildung und Weiterbildung müssen
162 ihn offen stehen. Darüber hinaus müssen sie in die gesetzliche Krankenversicherung einbezo-
163 gen werden und auch hinsichtlich aller anderen Sozialleistungen gleichgestellt werden. Das
164 Asylbewerberleitungsgesetz ist abzuschaffen. Es darf keine Menschen zweiter Klasse geben.

165

166 **Starke Demokratie ist uns etwas wert - Staatliche Einnahmen steigern!**

167 Vom aktuellen Sparwahn der Bundesregierung ist Bremen in ganz besonderem Maße betroffen.
168 Die Schmerzgrenze ist an vielen Stellen bereits überschritten. Nachdem sie schon unter der
169 schwachsinnigen Extremismusklausel zu leiden hatten, sind wieder zivilgesellschaftliche Ein-
170 richtungen die Leidtragenden. Sie hängen in ihrer Finanzierung maßgeblich vom Staat ab.

171 Für Jugendeinrichtungen und Projekte gegen Rechts brauchen wir finanziell besser ausgestat-
172 tete Kommunen. Demokratie ist uns etwas wert!
173 Während in vielen Kommunen die Lichter ausgehen und die örtlichen Tafeln überrannt werden,
174 werden im gleichen Atemzuge die Reichen unseres Landes auch in Zeiten der "Krisen" immer
175 reicher. Diesen Trend der fortschreitenden Ungleichheit und Ungerechtigkeit gilt es schnellst-
176 möglich zu stoppen. Die dafür zwingenden Konzepte liegen seit langer Zeit in den Schubladen.
177 Seit Jahren fordern wir Jusos zum Beispiel die Einführung der Vermögenssteuer und die Anhe-
178 bung des Spitzensteuersatzes. Nach einem Wahlsieg der SPD muss dies schnellstmöglich umge-
179 setzt werden. Weiterhin gilt es, die Verantwortlichen der Krise, die Banken, auch an den Kos-
180 ten zu beteiligen, die sie verursacht haben. Während dies bisher in keinsten Weise geschehen
181 ist, verdienen Bankmanager mittlerweile wieder Millionenbeträge mit ihren Zockereien. Abge-
182 sehen davon, dass es ohne eine weitgehende Bankenregulierung nur eine Frage der Zeit ist bis
183 die nächste Blase platzt, ist es nur gerecht wenn die Kreditinstitute durch eine Finanztransak-
184 tionssteuer endlich zur Kasse gebeten werden.

185

186 **Weil wir Bremerhaven behalten wollen - Engagiert das Klima schützen!**

187 Die Folgen unseres Lebensstils werden auch an unserer Umwelt sichtbar. Luft-, Wasser-, Bo-
188 denverschmutzung und der Ausstoß von Triebhausgasen müssen reduziert werden, wenn wir
189 wollen, dass unser Planet bewohnbar bleibt. Insbesondere die globale Erwärmung muss drin-
190 gend weiter bekämpft werden, weil sonst die Folgen verheerende Ausmaße annehmen und die
191 Kosten immer weiter steigen. Wer dieses Problem nicht schnell angeht, lebt auf Kosten kom-
192 mender Generationen.

193 Wir wollen, dass Deutschland wieder eine Vorreiterrolle im Klimaschutz einnimmt und die
194 Staatengemeinschaft zum Handeln bewegt. Neue Klimaschutzabkommen müssen ausgehandelt
195 werden, weil wir sonst sehend aber tatenlos auf eine globale Katastrophe zusteuern.

196 Auch unsere Energieerzeugung muss von Grund auf umgestellt werden. Wir dürfen uns nicht
197 länger auf endliche Ressourcen oder gefährliche Technologien verlassen. Unser Bedarf muss so
198 schnell wie möglich durch Erneuerbare Energien gedeckt werden. Die ökologische Wende ist
199 notwendig. Sie heraus zu zögern verschiebt die Kosten nur in die Zukunft. Viele Bürger nehmen
200 ihre Energieversorgung bereits selbst in die Hand. Deshalb wollen wir die Gründung von Ener-
201 giegenossenschaften in Zukunft stärker fördern. Darüber hinaus sind wir davon überzeugt,
202 dass die Versorgung mit essentiellen Gütern wie Strom und Wasser nicht den Launen des Mark-
203 tes überlassen werden darf, sondern vom Staat sichergestellt werden muss.

204

205 **Da ist mehr für uns drin - Lebensrisiken vernünftig absichern!**

206 Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit - bei den großen Risiken des Lebens müssen alle Men-
207 schen vernünftig abgesichert sein. Diesen Zweck erfüllen die Sozialversicherungen seit Jahren
208 immer schlechter. Von den Krankenkassen werden elementare Notwendigkeiten wie Brillen
209 oder Zahnersatz nicht mehr bezahlt. Im Alter landen viele Menschen trotz jahrzehntelanger
210 Beitragszahlungen nur bei einer Rente auf Sozialhilfeniveau. Besonders häufig trifft es Frauen.
211 Das zeigt: Es ist dringend nötig, unsere Sozialversicherungen zu stärken.

212 Bessere Leistungen und damit eine sicherere Lebensplanung sind bezahlbar! Wir wollen in der
213 Gesundheitsversorgung die Bürgerversicherung einführen, die alle Menschen in Deutsch-

214 land umfasst, und somit auch Privatversicherte in die solidarische Finanzierung der Gesund-
215 heitsleistungen einbezieht. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung in der Rente, die auch
216 die BeamtInnen und Selbstständige mit einbezieht. Die Riester-Rente, mit der lediglich die
217 Profitmargen von Finanzdienstleistern subventioniert werden, wollen wir abschaffen. Die ge-
218 setzliche Rente ist die effizienteste und sicherste Altersvorsorge. Deshalb ist es auch verkraft-
219 bar, wenn ihre Beiträge wieder steigen. Wir gehen nicht den Finanzmarktlobbyisten auf den
220 Leim, die uns glauben machen wollen, "die Alten" würden auf Kosten hoher Beiträge von "uns
221 Jungen" über ihre Verhältnisse leben. Wir wissen: niedrigere Beiträge heute sind unsere eigene
222 Altersarmut morgen! Wir wollen eine armutsfeste, lebensstandardsichernde Rente im Alter -
223 und zwar solidarisch für alle Generationen! Eine gute Rente, wenn
224 wir einmal alt sind, erhalten wir am Besten durch gut bezahlte und stabile Arbeit während des
225 Erwerbslebens. Neben Reformen am Arbeitsmarkt wollen wir dafür auch die Arbeitslosenversi-
226 cherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Die Arbeitsversicherung unterstützt
227 schon, bevor es zu Arbeitslosigkeit kommt und hilft aktiv, sie zu vermeiden, etwa durch Wei-
228 terqualifizierung oder Unterstützung von familienbedingten Übergängen von Voll- in Teilzeit.
229